

"Für mich ist der Begriff der Legitimation zentral": das Experteninterview zum Titelthema mit Prof.Dr. Ireneusz Paweł Karolewski

Kaschuba, Sarah

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sonstiges / other

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kaschuba, S. (2016). "Für mich ist der Begriff der Legitimation zentral": das Experteninterview zum Titelthema mit Prof.Dr. Ireneusz Paweł Karolewski. *Soziologiemagazin : publizieren statt archivieren*, 9(2), 5-19. <https://doi.org/10.3224/soz.v9i2.27279>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

” Für mich ist der Begriff der Legitimation zentral

5

Das Experteninterview zum Titelthema
mit Prof. Dr. Ireneusz Paweł Karolewski

von Sarah Kaschuba

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Herr Professor Karolewski, der Titel unserer aktuellen Ausgabe stellt die Begriffe Gewalt, Macht und Herrschaft in ein gemeinsames theoretisches Geflecht. Man war sich allerdings in der Soziologie noch nie einig, in welcher Art diese drei Aspekte in Bezug zueinanderstehen. Heinrich Popitz sah Gewalt, etwa neben der Drohung, als Durchsetzungsmittel von Macht an. Hannah Arendt jedoch erklärte, Macht zeichne sich gerade dadurch aus, dass man Gewalt nicht bräuchte, um sich durchzusetzen. Wie würden Sie diese Aspekte in Beziehung zueinander stellen?*

KAROLEWSKI: Hannah Arendt und Heinrich Popitz legen unterschiedliche Grundverständnisse von Macht an den Tag, was konzeptionelle Folgen für den Begriff der Gewalt hat. Während Popitz ähnlich wie Max Weber vorgeht und Macht als „das Vermögen, sich gegen fremde Kräfte durchzusetzen“ definiert, ist Macht bei Arendt jedem gemeinsamen Handeln einer Gruppe inhärent. Daher haben wir es bei Popitz mit „power over“ (Macht über jemanden) zu tun und bei Arendt mit „power to“ (Macht zu handeln). Der Idealtypus der Macht ist bei Arendt die

athenische Polis, bei der die Macht durch gegenseitige Verständigung der Bürger und ihr kollektives Handeln zur Geltung kommt. Bei Popitz ist es hauptsächlich die Fähigkeit, sich gegen Andere durchzusetzen und zwar durch vier Grundformen der Macht: Aktionsmacht, instrumentelle, autoritative und datensetzende Macht. Vor allem bei der Aktionsmacht spielt Gewalt eine wichtige Rolle, da mit dieser Machtressource das Verhalten anderer Menschen wirksam beeinflusst werden kann. Zugleich gibt es bei Popitz eine besondere Form der gewaltsamen Machtausübung, nämlich „die Todesmacht von Menschen über Menschen“.

Im Unterschied dazu sind für Arendt Macht und Gewalt Gegensätze. Eine Gewaltherrschaft ist zwar möglich, bedeutet aber gerade die Entmachtung einer Gesellschaft, denn eine mächtige Gesellschaft setzt eine legitime Handlungsfähigkeit dieser Gesellschaft voraus. Damit konstruiert Arendt ein antithetisches Verhältnis zwischen Macht und Gewalt, während Popitz und einige andere Autoren Macht und Gewalt eher stufenartig begreifen – im Sinne eines Spektrums zwischen friedlichen Machtformen (zum Beispiel Macht durch Autorität oder Attraktion) auf der einen Seite und gewalttätigen Machtformen (Androhung von Gewalt oder ihre tatsächliche Ausübung) auf der anderen. Dabei heißt es nicht unbedingt, dass Machtausübung durch Gewalt wirksamer sein muss. Wolfgang Sofsky hat das

Konzentrationslager als den Inbegriff der „absoluten Macht“ analysiert, also ein Machtsystem, das auf Terror, Organisation und exzessiver Tötungsgewalt fußt. Die „absolute Macht“ ist dabei ein Selbstzweck, also kein Mittel, um das Verhalten anderer Menschen zu verändern. Es geht vielmehr um eine Maximierung der Tötungsmacht und Destruktion – also ein Moment, in dem Macht und Gewalt eins werden.

Für mich ist der Begriff der *Legitimation* in der Diskussion zentral, weil er Macht und Gewalt mit Herrschaft verknüpft. Für Max Weber entsteht Herrschaft durch die Legitimierung von Macht, während bei Popitz Herrschaft durch die Institutionalisierung von Macht – von sporadischer Macht bis zur Verstaatlichung von Macht – generiert wird. In demokratisch organisierten Staaten sind beide Typen („*power to*“ und „*power over*“) bedeutsam. „*Power to*“ ist wesentlich für die Schaffung von demokratischen Mehrheiten und Koalitionsregierungen, was den demokratischen Staat wiederum politisch handlungsfähig macht. Ohne „*power over*“ ist die legitimierte Herrschaft aber auch unmöglich, da selbst Demokratien ohne Zwangsmaßnahmen nicht auskommen können. Wenn beide Machtformen jedoch an Legitimität verlieren, zum Beispiel „*power over*“ nicht mehr rechtstaatlich legitimiert wird, entstehen Pathologien von Macht und Herrschaft, die oft auch Gewalt befördern, was wir häufig in autoritären Regimen beobachten können.

Dr. Ireneusz Paweł Karolewski

ist Professor für Politikwissenschaft am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław und Privatdozent an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam. Er forscht insbesondere zu den Themen europäische Integration, Identitätspolitik, Nationalismus und Citizenship mit einem Schwerpunkt auf Osteuropa.



7

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Zygmunt Bauman ordnete die Konstruktion des Gewaltbegriffs in den politischen Kampf um die Legitimität von Zwangsmaßnahmen ein und machte so darauf aufmerksam, dass das Verständnis von Gewalt abhängig von der Perspektive ist. Gleichzeitig betonte er, dass es unmöglich sei festzulegen, ob die Geschichte der Gewalt eine zunehmende oder abnehmende ist, da man kein „Gesamtvolumen von Gewalt“ messen könne (2000: 29–32). Die öffentlichen Debatten bewegen sich heute zwischen Angst vor Terroranschlägen und einem gleichzeitigen Anerkennen des weitgehenden Friedenszustands in den meisten Wohlfahrtsstaaten seit 1945. Leben wir denn nun in gewaltloseren Zeiten als vor 100 Jahren? Oder haben sich die Gewalträume verschoben?*

KAROLEWSKI: Es kommt wieder darauf an, wie man Gewalt und Macht begreift. Wenn man Macht komplex definiert, also als ein Phänomen, das in fast allen sozialen Interaktionen und Geflechten zu finden ist und man sich die mannigfaltigen Erscheinungsformen der Macht vor Augen führt (repressive, kompensatorische, normierende, technische Macht usw.), dann würde ich mit Michael Mann argumentieren, dass die Machtvolumina historisch gewachsen sind. Die Gesellschaften sind komplexer geworden, was primitive Machtverhältnisse, wie das zwischen dem Sklaven und seinem Herrn in der Antike, pluralisierte, aber auch die Migration von Macht in neue Bereiche der sich ausdifferenzierenden Gesellschaft bewirkte. Macht ist mittlerweile oft entpersonalisiert, Machtquellen

”

Ohne **Androhung und Ausübung von Gewalt** könnte der Staat viele seiner Grundfunktionen nicht erfüllen.

8

verschränkt und politische Macht in vielen Staaten demokratisch legitimiert. Das heißt letzten Endes, dass heutzutage Macht nicht mehr zwangsläufig der Ohnmacht gegenüberzustellen ist, denn Macht in komplexen und demokratischen Gesellschaften beruht auf einer Vielzahl von Ressourcen, was Machtausübung von vielen Akteuren, auf mehreren Ebenen und in vielen Arenen der Gesellschaft möglich macht.

Mit Gewalt ist es etwas komplizierter. Ich glaube, dass wir historisch betrachtet in den westlichen Demokratien mit der Zivilisierung von physischer Gewalt zu tun haben, vor allem von einer vom Staat ausgehenden. Diese These wird unter anderem von Michel Foucault in seinem Werk *Überwachen und Strafen* formuliert. Danach hat sich in der historischen Perspektive die Gewalt des Staates von „Gewalt am Körper“ (Folter und öffentliche Hinrichtungen bis zum 18. Jahrhundert) zu „Gewalt an der Seele“ (Disziplinierung durch Überwachung und Einsperren) gewandelt. Dies gilt allerdings vor allem für moderne und demokratische Staaten und viel weniger für traditionalistische Staaten wie Saudi-Arabien oder autoritäre Staaten, in denen oft punktuelle Gewalt (politische Auftragsmorde in Russland)

oder systematische Gewalt (beispielsweise gegen Journalisten im Iran oder der Türkei) als Mittel zur Einschüchterung der Gesellschaft verwendet wird.

Ich würde jedoch Zygmunt Bauman widersprechen, dass man das Gewaltvolumen nicht berechnen kann. Sozialwissenschaftler arbeiten seit Jahrzehnten daran, Gewalt zu quantifizieren und Gewalttrends vorauszusehen. Zu nennen sind hier zum Beispiel die Arbeiten von Steven Pinker, der einen historisch abnehmenden Gewalttrend weltweit feststellte. Auch die Kant-inspirierte Forschung über demokratischen Frieden kann recht überzeugend argumentieren, dass in den letzten 200 Jahren Demokratien keine Kriege gegeneinander geführt haben. Demzufolge würde jede Demokratisierung mit Gewaltminderung einhergehen, zumindest in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Da wir momentan weltweit bei etwa 90 Demokratien liegen, lässt sich argumentieren, dass sich das Gewaltvolumen im Vergleich zu Zeiten mit weniger Demokratien vermindert hat.

Meines Erachtens lässt sich der moderne Staat ohne legitimierte Herrschaft und ohne das legitime Gewaltmonopol nicht denken. Ohne Androhung und Ausübung von Gewalt könnte der Staat viele seiner

Grundfunktionen nicht erfüllen, denn Steuererhebung oder Justizvollzug gehen grundsätzlich mit „*power over*“, bei der Gewaltandrohung im Hintergrund steht, einher. Es gibt natürlich utopische Projekte, die politische Herrschaft und institutionalisierte Macht grundsätzlich ablehnen, wie etwa der Anarchosyndikalismus oder der klassenlose Kommunismus marxistischer Prägung. Wir wissen jedoch aus der Geschichte, dass gerade die Versuche politische Utopien zu verwirklichen, mit Terror und Blutvergießen aufs Engste verknüpft sind.

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Sie beschreiben, wie eng verflochten der moderne Staat mit einem (legitimierten) Gewaltmonopol ist. Bauman schlussfolgerte ebenfalls, dass eine konsequente politische Ablehnung von Gewalt unwahrscheinlich ist, da man dann Zwangsmaßnahmen im Allgemeinen ablehnen müsste, diese jedoch zur Erhaltung der Gesellschaftsordnung als notwendig angesehen werden (2000: 32f.). Braucht die Gesellschaft also ein bestimmtes Maß an Gewalt?*

KAROLEWSKI: In dieser Hinsicht würde ich Bauman Recht geben. Der australische Theoretiker John Keane argumentiert in seiner Studie „*Violence and Democracy*“, dass Demokratien gelernt haben, Gewalt zu zivilisieren, weil die Gewaltanwendung einer öffentlichen Kontrolle unterzogen wurde. Wir wissen aber zugleich, dass eine

bloße Demokratisierung des Staates nicht ausreicht, um Gewalt unter Kontrolle zu halten. Insbesondere die lateinamerikanischen Demokratien, wie Kolumbien oder Brasilien, sind durch große Gewaltvolumina gekennzeichnet. Dazu gehört nicht nur Gewalt ausgeübt durch Drogenkartelle und kriminelle Gangs, sondern auch durch die vom Staat geförderten Privatarmeen und Freischärler, die lokale Gemeinschaften zu verteidigen suchen. Diese alltäglich präsente Gewalt steht im Kontrast zur Ausweitung der Bürgerrechte und Demokratisierung, die von diesen Regierungen ausgehen. Dies hat zur Debatte über „*violent democracies*“ in Lateinamerika geführt, die in der Politikwissenschaft seit einigen Jahren ausgetragen wird.

Zugleich zeigen aber die Statistiken, dass sich kriminelle Gewalt innerhalb der westlichen Demokratien in den letzten 15 Jahren reduziert hat. Selbst die Anzahl von Gewaltverbrechen in der ganzen Welt, vor allem den Tötungsdelikten, ist von 7,1 Totschlägen pro 100.000 Einwohner (2003) auf 6,2 (2012) gesunken. Auch der erneute Anstieg des Terrorismus ändert nichts an dem Trend. Selbstverständlich gibt es nach wie vor schreckliche Gewalt in Afrika, Lateinamerika und seit einigen Jahren im Irak, in Syrien und der Ukraine. Aber selbst in Mexiko werden im historischen Trend heute weniger Menschen Opfer von Gewalt (mit gewissen Fluktuationen versteht sich, weil die Trends selten linear verlaufen). Die Gewalt – oft in extremer

und genozidaler Form – begleitete fast immer den Wandel von Gesellschaften. Insbesondere mit Nations- und Staatsbildungsprozessen ging massive Gewalt einher. Eine interessante Ausnahme waren die USA, die sich in einer friedlichen Revolution auf der Grundlage des Konvents in Philadelphia 1787 eine Verfassung gegeben haben. In Europa sah es in dieser Zeit ganz anders aus. Die andere Zäsur sind die osteuropäischen Revolutionen von 1989 bis 1991, bei denen hochkomplexe Staats- und Gesellschaftsumbauprozesse ohne Blutvergießen stattfanden.

Nun denke ich, dass es Sinn macht, zwischen legitimer und nichtlegitimer Gewalt zu unterscheiden. Das legitime Gewaltmonopol des Staates ist die Voraussetzung für die Reduzierung von Gewalt in der Gesellschaft. Gerade die sogenannten „failed states“ wie Irak oder Libyen sind dafür gute Beispiele. Ich glaube nicht, dass ein Mindestmaß an Gewalt sich positiv auswirkt. Nur friedliche Gesellschaften können ihre produktiven Ressourcen optimal einsetzen und hohe Lebensstandards erreichen. Die Weltgesundheitsorganisation hat 2004 berechnet, dass in den USA die zwischenmenschliche Gewalt Kosten von 300 Milliarden US-Dollar jährlich verursacht. Für die Opfer von Gewalt sind es Kosten von 500 Milliarden US-Dollar jährlich, was sich zusammengerechnet auf etwa 10 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandprodukts beläuft. Ich sehe nichts Positives an Gewalt und ich halte auch die Ansätze über

„kontrollierte Enthemmung“, zum Beispiel in Fußballstadien, für problematisch, weil sie eine Apologetik der Gewalt betreiben – selbst wenn diese symbolisch bei einem Fußballspiel stattfindet. Aus Fußballspielen sind auch Kriege entstanden, wie der zwischen Honduras und El Salvador 1969. Die primäre Aufgabe des Staates ist es, legitime Gewalt anzuwenden, um nicht-legitime Gewalt zu unterbinden, sei es in Form von Kriminalität, Terrorismus oder Fremdenfeindlichkeit.

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Gehen wir einmal auf ein aktuelles Beispiel ein. Als Ende Juni 2016 die Briten mit knapper Mehrheit für einen „Brexit“ stimmten, sorgte dies auf sozialer und politischer Ebene für Unsicherheiten und viele offene Fragen. Man könnte den Austritt Großbritanniens aus der EU einerseits als Indikator, andererseits als Katalysator für die europäische Kohäsion sehen: Erleben wir gerade eine politische Umverteilung von Macht und laufen wir gleichzeitig Gefahr, gewaltvollen Auseinandersetzungen in Europa dadurch vermehrt zu begegnen?*

KAROLEWSKI: Das Ergebnis des Brexit-Referendums war für alle eine große Überraschung. Allerdings war es ein politischer Unfall, herbeigeführt von opportunistischen Politikern wie David Cameron, Nigel Farage und Boris Johnson, die nicht verstanden haben, dass sie mit Feuer spielen. Der Brexit an sich muss allerdings kei-

ne dramatischen Folgen haben. Der genaue Zeitpunkt des Brexit sowie das Endergebnis werden nun größtenteils von den bevorstehenden Austrittsverhandlungen zwischen Großbritannien und der EU nach Artikel 50 des Lissaboner Vertrages abhängig sein. Ich gehe davon aus, dass Großbritannien eine möglichst enge wirtschaftliche Verflechtung mit der EU anstreben wird, was am Ende dem Status einer „Schweiz light“ gleichkommen dürfte. Nach den Austrittsverhandlungen wird London aufhören, an den politischen Entscheidungsprozessen in der EU teilzunehmen, aber weiterhin größtenteils das EU-Recht akzeptieren müssen – ein paradoxes Ergebnis, wenn man bedenkt, dass die Brexit-Befürworter sich die Rückgewinnung der politischen Kontrolle

von Brüssel versprochen. Sicherlich wird sich die EU ohne Großbritannien strukturell ändern, da durch den Brexit neue Mehrheiten und Interessenkonflikte entstehen. Dies wird vor allem die Macht der Nicht-Euro-Staaten radikal schmälern. Ohne Großbritannien werden nun die Nicht-Euro-Staaten lediglich 14 Prozent des EU-BIP und 20 Prozent der EU-Bevölkerung ausmachen. Auch symbolisch werden die Nicht-Euro-Länder verlieren. 2011 wurde im Laufe der Finanz- und Bankenkrise die Europäische Bankenaufsichts-

behörde in London errichtet. Mit dem Brexit wird nicht nur diese Institution in eines der Euroländer verlegt, sondern auch die Rolle Londons in der europäischen Finanzpolitik deutlich geschwächt. Mit der strukturellen Schwäche Mittel- und Osteuropas wird vermutlich ein neuer Druck einhergehen, die Eurozone um neue Länder der Region zu erweitern. Ich halte das für gefährlich, denn die EU befindet sich momentan in einer Legitimationskrise und hat daher nur eine geringe Grundlage, um derartigen Druck auszuüben. Dieser

” Die EU befindet sich momentan in einer Legitimationskrise.

Druck auf Nicht-Euro-Staaten, die EU nach den Vorstellungen der sechs Gründungsstaaten neu zu ordnen, wird Widerstand seitens vieler Länder nach sich ziehen und problematische Folgen für die gesamte EU haben.

Man neigt dazu, zu vergessen, dass das Motto der EU „Vereint in Vielfalt“ ist. Die EU ist eben ein komplexes, vielfältiges Gebilde, in dem es unterschiedliche Integrationskreise, Geschwindigkeiten und variierende Ziele zu vereinbaren gilt. Das Gefährliche an dem Brexit-Referendum war vor allem, dass populistische Politiker in Europa gelernt haben, wie Plebiszite für manipulative Zwecke genutzt werden können – und zwar von Regierungen sowie von politischen Gruppierungen. Das Referendum in den Niederlanden gegen

den Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine vom April 2016 und das Referendum in Ungarn gegen die Flüchtlingsquoten im Oktober 2016 sind Beispiele für eine mögliche plebiszitäre Destabilisierung der EU. Dies kommt zusammen mit einem weiteren gefährlichen Trend: dem Aufstieg des Rechtspopulismus. Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Österreich im Dezember 2016 und der der Präsidentschaftswahlen in Frankreich könnten potenziell wichtigere Folgen haben als das Brexit-Referendum. Es ist zwar sehr unwahrscheinlich, dass gewaltvolle Auseinandersetzungen in Europa folgen werden, ausschließen kann man es aber nicht. Ein solcher Brennpunkt könnte Gibraltar werden, ein umstrittenes Territorium, das von Spanien und Großbritannien beansprucht wird und sich zugleich gegen den Brexit wehrt – eine Konfliktvorlage für eine Auseinandersetzung zwischen London und Madrid.

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Aus Ihren Überlegungen verdeutlicht sich, dass die soziale Kohäsion in der EU durch recht unterschiedliche Vorstellungen vom Leben und der Politik in Europa gekennzeichnet ist. In Ihrem Buch „Citizenship and Collective Identity in Europe“ (2010) erläutern Sie, dass die Idee eines gemeinsamen Wertekonsenses bisher keine überzeugende Quelle für eine europäische Identität sei (76). Damit erinnern Sie auch an Michael Mann (1970), der darüber hinaus gerade das Fehlen ei-*

ner Bindung aller Gesellschaftsmitglieder an gemeinsame Werte als Quelle sozialer Kohäsion beschreibt – da etwa die Arbeiter ihre soziale Rolle „pragmatisch akzeptieren“ (437). Worauf, würden Sie sagen, basiert die soziale Kohäsion in Europa und spielt Gewalt dabei eine Rolle?

KAROLEWSKI: Es gibt mehrere Probleme mit der europäischen Identität bzw. der sozialen Kohäsion in Europa. Erstens diskutiert man über die europäische Identität oft auf eine verkürzte Art und Weise. Zum Beispiel ist nicht jeder, der die EU kritisiert, gleich antieuropäisch. Es geht nämlich nicht nur um die Unterstützung der EU oder ihrer einzelnen Institutionen. Ein überzeugter Europäer kann die EU (oder ihre Institutionen) sehr wohl kritisieren und zugleich europäische Integration befürworten. In der Politikwissenschaft unterscheidet man daher zwischen Eurorealisten (Kritik an der EU, aber Unterstützung der Idee der europäischen Integration), Euroskeptikern (Kritik der EU, Ablehnung der Idee der europäischen Integration), Euroenthusiasten (grundsätzliche Unterstützung der EU-Institutionen, Unterstützung der Idee der europäischen Integration) und Europragmatikern (Unterstützung der EU aus pragmatischen Gründen, Ablehnung der Idee der europäischen Integration). Zweitens halte ich Solidarität oder Bereitschaft zu Solidarität für den Schlüsselindikator der sozialen Kohäsion, auch in

”

Die einzige Chance für die Stärkung der sozialen und politischen Kohäsion in Europa ist die weitere **Demokratisierung der EU.**

der EU. Ich würde dabei mit Durkheim argumentieren, dass sich „organische Solidarität“ einer komplexen Gesellschaft wesentlich von der „mechanischen Solidarität“ einer traditionalistischen Gesellschaft unterscheidet. Interpretiert im Kontext der EU würde das heißen, dass mechanische Solidarität des Nationalstaates auf der Perzeption der Homogenität und nationaler Verwandtschaft beruht. Demgegenüber würde ich die organische Solidarität der EU stellen, die auf der Wahrnehmung von legitimen Unterschieden, Vielfalt und Komplementarität des Andersseins fußen würde. Dabei geht es gar nicht um die „Solidarität unter Fremden“ (Habermas), sondern um die Anerkennung von legitimen Unterschieden, die aber dem Wir-Gefühl nicht abträglich sind, sondern dieses fördern.

Drittens geht es um die Überzeugung, dass Europäer auch wertvolle Gemeinsamkeiten teilen. Und da scheiden sich die Geister, weil wir uns in Europa nicht einig sind, wodurch sich die Europäer von US-Amerikanern oder Kanadiern unterscheiden. Für den einen sind es die christlichen Wurzeln oder die totalitäre Vergangenheit Europas, aus der es zu lernen gilt, für den anderen die Ablehnung der Todesstrafe oder die

Bejahung des Wohlfahrtsstaates. Die EU selbst versucht seit Jahren mit kollektiven Symbolen (EU-Fahne, gemeinsame Währung, EU-Pass usw.) zumindest eine Art kollektive Salienz der EU zu erzeugen. Ich finde, dass eine Suche nach der „Substanz“ Europas nur bedingt erfolgreich sein kann, denn es kann auch mehr Spannung mit sich bringen, wie wir es 2003 an der Debatte über das alte und neue Europa gesehen haben (Habermas/Derrida). Jahrzehntelang war die Frage der sozialen Kohäsion in Europa irrelevant, weil die EU ein Elitenprojekt war und weitgehend nach der Logik einer internationalen Organisation funktionierte. Seit den 1990er-Jahren werden die Bürger durch Referenden immer wieder dazu befragt, ihre Meinung zu neuen EU-Verträgen zu sagen, was nur bedingt sinnvoll ist. Einerseits endet das plebiszitäre Europa in der Entwertung der Referenden selbst, weil die EU die negativ ausgefallenen Referenden immer wieder wiederholen ließ. Andererseits erleben wir gerade einen neuen plebiszitären Populismus, der manipulativ ist und den Willen des Volkes nur vortäuscht, wie wir es in Großbritannien und den Niederlanden gesehen haben.

Ich denke, die einzige Chance für die

Stärkung der sozialen und politischen Kohäsion in Europa ist die weitere Demokratisierung der EU, vor allem die Belebung der Rechte und Pflichten der EU-Bürger sowie ihre bessere Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Gewalt spielt dabei auch eine gewisse Rolle, es handelt sich allerdings um Gewalt jenseits der EU. Die EU hat sich in den letzten Jahren als normative Macht verstanden, die durch den Export von Normen ihre Nachbarschaft befrieden, stabilisieren und demokratisieren möchte. Dem wird oft das Bild einer Interessengemeinschaft wirtschaftlicher Prägung gegenübergestellt. Die EU ist sicherlich beides, muss aber fähig sein, in Krisen normativ zu handeln, was zum Beispiel im Kontext des russisch-ukrainischen Konfliktes bislang gut gelungen ist.

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Herr Professor Karolewski, neben Ihrer Lehre in Potsdam sind Sie auch am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław Professor für Politikwissenschaft. In Polen hatte die Politikerin der Partei Recht und Gerechtigkeit (polnisch: Prawo i Sprawiedliwość; kurz: PiS) Beata Szydło mit einem antieuropäischen Kurs Wahlerfolge. In Ihrer Analyse des polnischen Verfassungsdiskurses (2005) machen Sie deutlich, dass die PiS vor allem Macht- und Souveränitätsverluste Polens zugunsten der EU befürchtet (120). Ähnliche Argumentationsweisen hört man von Nigel Farage (UKIP) oder Marie Le Pen (FN). Ist*

dieser Gedanke ein Ausdruck dafür, dass man von einer gesamteuropäischen Identität (noch) gar nicht sprechen kann, dass Identitätsbildung auch in der globalisierten Welt weiterhin durch nationale Grenzen bestimmt wird?

KAROLEWSKI: Ich würde die osteuropäischen Nationalkonservativen nicht derselben Kategorie zuweisen wie Front National (FN), UK Independence Party (UKIP), Vlaams Belang oder die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), bei denen Euroskeptizismus einen wesentlichen Aspekt der Parteiideologie ausmacht. Die PiS hat die Parlamentswahl vom Oktober 2015 nicht mit antieuropäischen Parolen gewonnen, sondern vor allem mit Versprechen von neuen sozialpolitischen Maßnahmen und profitierte zugleich vom Bedürfnis nach einer politischen Wende in Polen. Es gab kein EU-Bashing oder eine Dämonisierung der EU beim Wahlkampf in Polen, vergleichbar dazu, wie die UKIP oder die FN ihre Wähler mobilisieren. Die PiS befürwortet auch keinen Austritt aus der EU, was das Hauptthema und zugleich das einzige Thema der UKIP gewesen ist. Nach dem Brexit-Referendum verlor die UKIP im Grunde ihre politische Existenzberechtigung und Nigel Farage sucht gerade verzweifelt nach neuen politischen Aufgaben, zuletzt als Helfer von Donald Trump. Während die FN eindeutig eine rechtspopulistische und euroskeptische Partei autoritärer Prägung ist (obwohl sie

sich unter Marine Le Pen bemüht, als eine konservative Mainstream-Partei wahrgenommen zu werden), ist die polnische PiS nationalkonservativ und eurorealistisch (oder europapragmatisch, abhängig davon, welchen Flügel der Partei man betrachtet). Bei der Fidesz (Ungarn) und der PiS entwickelten sich die Spannungen mit der EU in Bezug auf sehr konkrete politische und institutionelle Aspekte, nicht wegen einer grundsätzlichen Ablehnung der EU. Die jetzige Auseinandersetzung der PiS-Regierung mit der Europäischen Kommission ergibt sich aus der Verfassungskrise in Polen, die es seit Dezember 2015 gibt, und aus unterschiedlichen Interpretationen der Europäischen Kommission und der polnischen Regierung, wie diese zu interpretieren und beizulegen ist. Dabei war die Befürchtung um den Machtverlust Polens schon seit 2003 vorhanden, da mehrere polnische Regierungen (auch die Sozialdemokraten) versucht haben, das Entscheidungssystem der EU gemäß dem Nizza-Vertrag beizubehalten und die Einführung der doppelten Mehrheit zu verhindern, da das Nizza-System für die Stellung Polens in der EU besonders günstig war. Es ging also um sehr konkrete institutionelle und machtpolitische Aspekte, die innerhalb der EU immer zwischen den Mitgliedstaaten mehr oder minder kontrovers ausgefochten wurden, und weniger um ein diffuses Gefühl des Souveränitätsverlustes, mit dem gerade die FN und die UKIP manipulativ umgehen.

Ich denke, dass viele Forscher den Nationalismus unterschätzt haben. Der Nationalismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen (vom banalen Nationalismus bis zum chauvinistischen und aggressiven Nationalismus) ist fast jedem politischen Denken inhärent und schlägt sich auch in unseren Vorstellungen über die europäische Integration nieder: Die deutsche Vision Europas unterscheidet sich oft von der französischen Vision Europas, was zum Beispiel in der Fischer-Chevènement-Debatte 2000 deutlich geworden ist. Einige Denker, wie Bauman, haben angenommen, dass liquide Identitäten anstelle der nationalen treten werden und dass Globalisierung und Transnationalisierung die Politik der Nationalstaaten radikal und für immer verändern werden. Dabei haben sie übersehen, dass der politische Interaktionsrahmen trotz Europäisierung und Ausweitung grenzüberschreitender Handlungsräume nach wie vor national bleibt. Dies betrifft vor allem die nationale Öffentlichkeit, das nationale Parteiensystem und die Instrumente der politischen Mobilisierung. Ich finde, dass Bauman mit seiner Idee der „liquiden Moderne“, deren zentrale These der postmoderne Nomadismus ist, falsch lag. Diese Art von mobiler Freiheit und selbstkonstruierter und verflüssigter Identität betrifft nur einen winzigen Teil der Gesellschaft, da selbst hoch mobile Europäer in ihren Identitäten im weiten Sinne Nationalisten bleiben. Dies zeigt recht überzeugend Adrian Favells

”

Die EU ist eine sehr wichtige Organisation, aber auch ein **Herrschaftssystem**, dass sich genauso wie die Nationalstaaten **legitimieren** muss.

16

Studie „Eurostars and Eurocities“ (2008). Daraus sollte man lernen und eine Idealisierung der EU vermeiden, weil gerade dies eine Totalkritik an der EU und ihre grundsätzliche Ablehnung wie bei der UKIP oder der FN nach sich ziehen kann.

Die EU ist eine sehr wichtige Organisation, aber auch ein Herrschaftssystem, dass sich genauso wie die Nationalstaaten legitimieren muss. Daher kann es nicht gegen Kritik immun sein und sollte sich für neue Beteiligungsmöglichkeiten für europäische Bürger öffnen. Eine europäische Identität kann ich mir nur auf der Grundlage von zusätzlichen Partizipationsmöglichkeiten vorstellen.

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Vielen Dank für Ihren interessanten Einblick in die aktuelle Forschungsdebatte. Wie kam es eigentlich dazu, dass Sie sich mit Citizenship, Nationalismus und Identität beschäftigen?*

KAROLEWSKI: Ich war lange wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Theorie an der Uni Potsdam. Dies war noch vor dem Bologna-Prozess, der die Freiheit bei der Wahl der Seminarthemen stark beschränkt hat. Ich durfte

damals über Themen arbeiten, die ich selbst interessant fand – was im Grunde der Inbegriff der Forschungsfreiheit ist. Die drei Konzepte Citizenship, Nationalismus und Identität sind meines Erachtens zentral für jede Staats- und Gesellschaftstheorie, weil mit deren Hilfe der Nexus zwischen Staat und Gesellschaft umfangreich analysiert werden kann. Ich bevorzuge den Begriff von Citizenship, weil es im Deutschen als Staatsbürgerschaft eine stark etatistische Konnotation hat, womit eine semantische Engführung einhergeht. Citizenship ist für mich ein Ausdruck der politischen Subjekthaftigkeit von Individuen, die eben nicht nur in der Staatstätigkeit aufgeht, sondern den Bürger ins Zentrum rückt. Dabei geht es nicht nur um eine normative Akzentuierung des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern eine Analyse dessen, wie sich Bürger in unterschiedlichen politischen Kontexten, zum Beispiel in nationalen Gemeinschaften und zugleich der EU, in anderen Ländern als Migranten oder in autoritären Staaten als Verfolgte zurechtfinden und ihre politische Subjekthaftigkeit konstruieren. Heinz Kleger von der Universität Potsdam hat dafür einen schönen Begriff der „Äquilibristik des

Bürgers“ erfunden.

Ich denke, dass gerade in Deutschland die politische Theorie extrem staatsfixiert ist, während die angelsächsischen Ansätze eine breitere Auslegung erlauben. Als Politikwissenschaftler kann man sich mit Citizenship bisweilen jenseits der Fragen nach politisch-administrativen Strukturen des Staates bewegen, worauf sich der politikwissenschaftliche Diskurs der letzten 25 Jahre in Deutschland oft konzentrierte. Der Begriff des Nationalismus ist wiederum nicht nur normativ umkämpft, zwischen Totalablehnung und Bejahung als wesentlicher Bestandteil der Demokratie, sondern auch äußerst fruchtbar als wissenschaftlicher Diskurs interdisziplinären Charakters, in dem sich Soziologen, Politologen, Anthropologen und Psychologen austauschen. In ihrer neuen Publikation spricht die führende Nationalismus-Forscherin Liah Greenfeld sogar von der „Globalisierung des Nationalismus“, was die bisherigen Ansätze über den Bedeutungsverlust des Staates durch Globalisierung auf den Kopf stellt. Zur Frage über kollektive Identität kam ich über mein Interesse an der EU und der Identitätspolitik im Nationalismus. Ich halte die Identitätspolitik, das heißt Versuche kollektive Identitäten mit politischen Mitteln zu schaffen, zu stärken und zu mobilisieren, wesentlich für die Analyse des Politischen. Damit befasste ich mich seit einigen Jahren und finde, dass wir gerade mit dem neuen Anstieg des Populismus

in Europa, aber auch weltweit, ohne den Begriff der Identitätspolitik nicht weiterkommen. Identitäten sind weder fix noch frei konstruierbar, daher ist es wichtig, die Umstände, unter welchen Identitätspolitik erfolgreich ist, zu untersuchen. Mit der Mobilisierung von Identitäten können jene Phänomene gut erklärt werden, bei denen die Politische Ökonomie mit ihrer Interessenanalyse zu kurz greift.

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Zum Schluss möchten wir Sie fragen, was Ihre aktuellen Forschungsprojekte sind. Welche Fragen halten Sie für die zukünftige soziologische Erfassung von Gewalt, Macht und Herrschaft relevant?*

KAROLEWSKI: Ich arbeite momentan an mehreren Projekten. Sie sind meist Fortsetzungen dessen, was ich bislang gemacht habe. Alle stehen im Kontext von Macht, Gewalt und Herrschaft. Zum einen ist es die Fortsetzung des Projektes „Extraterritorial Citizenship“, das Timofey Agarin von der Universität Belfast und ich 2015 abgeschlossen haben. Es geht hierbei um die Instrumentalisierung von Staatsbürgerschaft, indem bestimmte Länder Pässe an Bewohner anderer Länder verteilen und zwar zu innen- wie außenpolitischen Zwecken. Es ist ein neuartiges Instrument der Macht, das auch manchmal mit Gewalt einhergeht, wie wir in Berg-Karabach oder Abchasien gesehen haben. Wir haben die Anwendung dieser „außerterritorialen

Staatsbürgerschaft“ zunächst in ehemaligen kommunistischen Ländern Europas analysiert, wollen aber jetzt das Konzept global anwenden, weil es beispielsweise in China, Vietnam oder Kambodscha auch eine Rolle spielt. Das Konzept von „Extraterritorial Citizenship“ ist aufschlussreich, weil es im Grunde eine staatliche Aneignung und Instrumentalisierung von Citizenship beschreibt, oft verdeckt als Minderheiten- oder Menschenrechtsschutz. Dies verdeutlicht das Spannungsverhältnis von Bürger und Staat, das sowohl für Soziologie als auch Politikwissenschaft interessant ist. Zum anderen arbeite ich an einem Projekt über Nationalismus in Europa. Es ist die Fortsetzung der Studie „Multiplicity of Nationalism in Contemporary Europe“, das ich zusammen mit meinem Berliner Kollegen Andrzej Marcin Suszycki 2010 publiziert habe. Das Projekt zeigte, dass sich Nationalismusformen in Ost- und Westeuropa kaum voneinander unterscheiden, im Gegensatz zu der lange Zeit in der Forschung vertretenen Auffassung, dass es einen (schlechten) östlichen Nationalismus und einen (guten) westlichen Nationalismus gebe. Dabei werden wir Erscheinungsformen des Nationalismus in Großbritannien, Polen, Ungarn und Deutschland untersuchen. Das Projekt ist recht aktuell angesichts der Kontroversen, die in der EU zu beobachten sind: der Brexit, die Flüchtlingsfrage und der Aufstieg des Populismus.

Abgesehen von Nationalismus und Citizenship bin ich an hybrider Macht interessiert. Was die künftigen Forschungsdesiderate angeht, ist hybride Macht ein spannendes und weites Forschungsfeld, das in Zukunft viele Gemüter in den Sozialwissenschaften bewegen wird. Dies betrifft zum Beispiel hybride Kriegsführung auf der einen Seite. Es gibt noch wenig systematische Forschung darüber, wie eine Verbindung von Propaganda, punktueller Gewalt, Drohungen und Attraktionsmacht genau funktioniert und unter welchen Bedingungen diese erfolgreich ist. Auf der anderen Seite kann hybride Macht zur Beschreibung der friedlichen Macht der EU herangezogen werden, was Mai'a Cross und ich in unserer gerade erscheinenden Publikation (Sonderheft des Journal of Common Market Studies) über „Europe's Hybrid Foreign Policy“ tun. Die Hybridität von unterschiedlichen Phänomenen an der Schnittstelle zwischen Macht, Gewalt und Herrschaft scheint mir besonders spannend zu sein.

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Wir danken Ihnen für Ihre Zeit sowie für Ihre aufschlussreichen Gedanken und Analysen zu unserem Thema in dieser Ausgabe.*

LITERATUR

Arendt, Hannah (1970): Macht und Gewalt. München: Piper.

Bauman, Zygmunt (2000): Alte und neue Gewalt. Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 2(1): 28–42. Online verfügbar unter <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/jkg/1-2000/bauman.pdf> (03.07.2016).

Favell, Adrian (2008): Eurostars and Eurocities: Free Movement and Mobility in an Integrating Europe. Malden, MA: Blackwell (= Studies in Urban and Social Change).

Karolewski, Ireneusz P. (2010): Citizenship and Collective Identity in Europe. New York, NY: Routledge.

Karolewski, Ireneusz P. (2005): Zwischen Machtstreben und Toleranz – Verfassungsdiskurs in Polen. Welt Trends 48: 115–120.

Mann, Michael (1970): The Social Cohesion of Liberal Democracy. American Sociological Review 35(3): 423–439.

Popitz, Heinrich (1992): Phänomene der Macht. 2., erw. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.